Protokoll über die Sitzung des Rates

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 12.10.2022
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:26 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal 128

Anwesend:

Bürgermeisterin

Frau Dr. Henrike Voet

Allg. Vertreter der Bürgermeisterin

Herr Gert Kühling

Ratsvorsitzender

Herr Norbert Bockstette

Ratsmitglieder

Herr Tobias Beckhelling

Herr Evren Demirkol

Frau Manuela Deux

Frau Ilona Eswein

Herr Christian Fischer

Frau Margarete Godde

Herr Tobias Hermes

Herr Norbert Hinzke

Herr Eckhard Knospe

Frau Stefanie Kröger

Herr Fabio Maier

Herr Christian Meyer

Herr Dr. Lutz Neubauer

Frau Nadine Nuxoll

Herr Moritz Ovelgönne

Herr Franziskus Pohlmann

Herr Andreas Pund

Herr Clemens-August Röchte

Herr Konrad Rohe

Herr Frank Rottinghaus

Herr Paul Sandmann

Herr Thomas Schlarmann

Frau Elsbeth Schlärmann

Herr Walter Sieveke

Frau Brigitte Theilen

Frau Henrike Theilen

Frau Anja Thoben

Herr Julian Tillesch

Herr Jürgen Tönnies

Herr Peter Willenborg

Frau Ünzile Yilmaz
Herr Ulrich Zerhusen

Gleichstellungsbeauftragte
Frau Rebecca Fischer

Verwaltung

Herr Ralf Blömer
Herr Jannis Niehaus
Herr Matthias Reinkober
Herr Hermann Theder
Herr Sebastian Wolke

bis einschließlich TOP 4.2.3

Abwesend:

Ratsmitglieder
Herr Torsten Mennewisch

Tagesordnung:**Öffentlich**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 06.07.2022
3. Bericht der Bürgermeisterin über Verwaltungs- und kommunalpolitische Angelegenheiten
4. Beschlussvorlagen des Verwaltungsausschusses
 - 4.1. Vorschläge des Verwaltungsausschusses
 - 4.1.1. Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Lohne (Oldenburg) vom 18.03.2015
Vorlage: 10/012/2022
 - 4.1.2. Entgegennahme von Spenden und ähnlichen Zuwendungen (Sponsoring)
Vorlage: 20/036/2022
 - 4.1.3. Umstieg des OOWV in das öffentliche Recht bei der Abwasserentsorgung zum 1.1.2023 - Aufhebung bestehenden Ortsrechts bei der Stadt Lohne
Vorlage: 20/037/2022
 - 4.1.4. Stellung eines Förderantrags für die Sanierung des Waldbads Lohne
Vorlage: 20/038/2022
 - 4.2. Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Bau und Stadtentwicklung
 - 4.2.1. Straßenbenennung
Vorlage: 60/018/2022
 - 4.2.2. Bebauungsplan Nr. 25 – 4. Änderung für den Bereich "Ehrendorf/ Lindenweg";
a) Beratung der während der erneuten öffentlichen Auslegung gem. § 4a Abs. 3 BauGB und der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragenen Anregungen
b) Satzungsbeschluss
Vorlage: 61/029/2022
 - 4.2.3. Bebauungsplan Nr. 96- 4. Änderung für den Bereich „Nördlich der Dinklager Straße“; Beratung der während der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragenen Anregungen
Satzungsbeschluss
Vorlage: 61/033/2022
 - 4.3. Empfehlungen des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Wirtschaftsförderung
 - 4.3.1. Verlängerung Gründerprogramm "Neue Läden. Neues Leben."
Vorlage: WÖ/010/2022

- 4.3.2. Antrag der Gruppe SPD / Bündnis 90 Die Grünen - Förderung von Stecker-Solaranlagen
Vorlage: 20/024/2022
- 4.3.3. Gewährung eines investiven Zuschusses an die Kreisvolkshochschule Vechta e. V. für den Um-/Ausbau und die Teilsanierung des Gebäudes Lindenstraße 49
Vorlage: 20/027/2022
- 4.3.4. Beratung der 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2022
Vorlage: 20/028/2022
- 4.3.5. Zuschuss an das Ludgerus-Werk e.V. für den Betrieb der Volkshochschule und der Familienbildungsstätte
Vorlage: 20/029/2022
- 4.3.6. Zuschussanträge des SV Amasya Spor Lohne e. V. für die Sanierung der Sanitäranlagen im Stadion am Amasyaweg sowie für die Anschaffung eines Mähgeräts
Vorlage: 20/030/2022
- 4.3.7. Entgeltordnung für die Benutzung des Parkhauses Vogtstraße
Vorlage: 20/032/2022
- 4.3.8. Zuschussantrag des Reit- und Fahrvereins Lohne e. V. für mehrere Maßnahmen / Anschaffungen
Vorlage: 20/034/2022
- 4.3.9. Satzung der Stadt Lohne über die Erhebung von Ausgleichsbeträgen für nicht herzustellende Kraftfahrzeugeinstellplätze (Ablösungssatzung)
Vorlage: 22/002/2022
- 5. Genehmigung für Dienstreisen in die Partnerstädte Rixheim und Mittelwalde
Vorlage: 10/010/2022
- 6. Wahl des Schiedsmannes und seines Stellvertreters
Vorlage: AV/001/2022
- 7. Anträge, Anfragen und Anregungen
- 7.1. Antrag der Gruppe SPD / Bündnis 90 Die Grünen gem. § 56 NKomVG auf Änderung des § 8 der Geschäftsordnung
Vorlage: 10/011/2022
- 7.2. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 56 NKomVG auf Erstellung eines Konzeptes der zukünftigen Nutzung der Von-Galen-Schule
Vorlage: 10/015/2022
- 7.3. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 56 NKomVG auf kontinuierliche Berichterstattung zum Sachstand "Nachnutzung des Krankenhauses St. Franziskus-Hospital"
Vorlage: 10/016/2022
- 8. Einwohnerfragestunde

Öffentlich**1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung**

Ratsvorsitzender Bockstette eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Ratsmitglieder ordnungsgemäß unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen wurden. Sodann werden die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung festgestellt.

2. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 06.07.2022**Beschluss:**

Das Protokoll wird genehmigt.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 33 , Enthaltungen: 1

3. Bericht der Bürgermeisterin über Verwaltungs- und kommunalpolitische Angelegenheiten

Bürgermeisterin Dr. Voet stellt den Bericht über verwaltungs- und kommunalpolitische Angelegenheiten vor und weist darauf hin, dass dieser Bericht sowie die Kurzberichte der Gleichstellungsbeauftragten und des Präventionsrates dem Protokoll als Anlage beifügt werden.

4. Beschlussvorlagen des Verwaltungsausschusses**4.1. Vorschläge des Verwaltungsausschusses****4.1.1. Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Lohne (Oldenburg) vom 18.03.2015
Vorlage: 10/012/2022****Sachverhalt:**

Der OOWV wechselt zum 01.01.2023 mit der Sparte der Abwasserbeseitigung (hoheitliche Aufgabe) ins Gebühren- und Beitragsrecht. Vor diesem Hintergrund sind eine Vielzahl von Satzungen zu erlassen, welche nach der bisherigen Regelung der Hauptsatzung der Stadt Lohne in der Oldenburgischen Volkszeitung (OV) verkündet werden müssten. In Hinblick auf den erheblichen Aufwand und den damit verbundenen Kosten hat der OOWV daher alle betroffenen Kommunen gebeten, möglichst die Hauptsatzung dahingehend zu ändern, dass eine Veröffentlichung über digitale Medien (Internet) möglich ist.

Durch die Novellierung des NKomVG 2021 wurde in § 11 NKomVG die Möglichkeit geschaffen, dass Verkündungen in einem im Internet bereitgestellten elektronischen amtlichen Verkündungsblatt der Kommune erfolgen. Damit wird der fortschreitenden elektronischen Entwicklung und dem geänderten Kommunikationsverhalten der Bevölkerung Rechnung getragen, der Zugriff auf Rechtsvorschriften erleichtert und die Stadt Lohne von den Kosten der umfangreichen Bekanntmachungen in der Tageszeitung entlastet.

Aus dem oben genannten Anlass ist es deswegen zweckmäßig, insbesondere § 8 der Hauptsatzung kurzfristig anzupassen. Neben dieser Anpassung wurden einige grammatikalische und orthographische Änderungen vorgenommen, welche dem anliegenden Entwurf sowie der Synopse entnommen werden können.

In Hinblick auf eine kurzfristige Einführung des elektronischen Amtsblattes für die Stadt Lohne wird verwaltungsseitig vorgeschlagen, weitere inhaltliche Änderungen der Hauptsatzung zu einem späteren Zeitpunkt zusammen mit der Anpassung der Geschäftsordnung zu beraten.

Beratungsverlauf:

Allgemeiner Vertreter Kühling stellt den Sachverhalt vor und weist auf Nachfrage darauf hin, dass die weiteren inhaltlichen Änderungen der Hauptsatzung und Geschäftsordnung in einer der nächsten Sitzungen des Verwaltungsausschusses zur Beratung in den Fraktionen eingebracht werden.

Beschluss:

Die Hauptsatzung der Stadt Lohne (Oldenburg) wird entsprechend dem beigefügten Entwurf beschlossen.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 34

4.1.2. Entgegennahme von Spenden und ähnlichen Zuwendungen (Sponsoring) Vorlage: 20/036/2022

Sachverhalt:

Nach § 111 Abs. 8 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) dürfen Gemeinden zur Erfüllung ihrer Aufgaben grundsätzlich Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen einwerben, annehmen oder an Dritte vermitteln.

Entsprechend den gesetzlichen Regelungen und der Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Lohne entscheidet über die Annahme der Zuwendungen bis zu einem Betrag von 100,00 € der Bürgermeister, bei einem Wert von 100,00 € bis 2.000,00 € der Verwaltungsausschuss und über 2.000,00 € der Rat.

Die Firma MD Dienstleistungen, Inhaberin Michelle Dödtmann, schafft für die Großtagespflegestelle Dinklager Straße 77 a Spielgeräte im Wert von insgesamt 7.852,02 € an. Die Spielgeräte sollen nach Anschaffung in das Eigentum der Stadt Lohne übergehen.

Über die Annahme der Spende hat der Rat zu entscheiden.

Beratungsverlauf:

Stadtkämmerer Theder stellt den Sachverhalt vor und veranschaulicht die anzuschaffenden Spielgeräte anhand von Bildern. Im Namen der Stadt Lohne wird sich für die Spende bedankt.

Beschluss:

Die Stadt Lohne nimmt die Sachspende von MD Dienstleistungen im Wert von 7.852,02 € für Maßnahmen im Bereich der Großtagespflegestelle Dinklager Straße 77 a an.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 34

4.1.3. Umstieg des OOWV in das öffentliche Recht bei der Abwasserentsorgung zum 1.1.2023 - Aufhebung bestehenden Ortsrechts bei der Stadt Lohne Vorlage: 20/037/2022

Sachverhalt:

Die Stadt Lohne hat ihre Abwasserbeseitigungsanlagen mit Vertrag vom 25.11.2004 zum 01.01.2005 auf den Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverband (OOWV) übertragen und ist seitdem Mitglied im Bereich Abwasser.

Im Zuge des Umstiegs des OOWV auf das öffentliche Recht bei der Abwasserentsorgung zum 1.1.2023 (Sitzungsvorlage 20/020/2021, Zustimmung durch Ratsbeschluss vom 15.12.2021) müssen die noch geltenden Satzungen der Stadt Lohne zur Abwasserbeseitigung in der Stadt Lohne mit Wirkung zum 1.1.2023 durch Aufhebungssatzungen außer Kraft gesetzt werden. Der OOWV erlässt mit Wirkung ab dem 1.1.2023 eigene öffentlich-rechtliche Satzungen.

Es handelt sich dabei um folgende Satzungen;

- a) Satzung der Stadt Lohne (Oldenburg) über die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage der Stadt Lohne (Abwasserbeseitigungssatzung) vom 15.12.1993, zuletzt geändert durch Änderungssatzung vom 07.06.2001
- b) Satzung über die Erhebung der Abgaben für die Abwasserbeseitigung der Stadt Lohne (Oldenburg) (Abwasserbeseitigungsabgabensatzung) vom 14.12.2000, zuletzt geändert durch Änderungssatzung vom 11.12.2003
- c) Satzung über die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die dezentrale öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage der Stadt Lohne (Oldenburg) vom 09.12.1994, zuletzt geändert durch Änderungssatzung vom 07.06.2001
- d) Satzung über die Erhebung von Gebühren für die dezentrale Abwasserbeseitigung in der Stadt Lohne (Oldenburg) vom 09.12.1994, zuletzt geändert durch Änderungssatzung vom 13.12.2002
- e) Satzung der Stadt Lohne (Oldenburg) über die Abwälzung der Abwasserabgabe vom 17.12.1981, zuletzt geändert durch Änderungssatzung vom 13.12.2001

Beratungsverlauf:

Stadtkämmerer Theder stellt den Sachverhalt vor und empfiehlt, die einzelnen Satzungen zusammen in einer Aufhebungssatzung zum 01.01.2023 aufzuheben, da zu diesem Zeitpunkt die neuen Satzungen des OOWV in Kraft treten.

Ein Ratsmitglied merkt an, dass durch den bislang unbekanntem Inhalt der neuen Satzungen des OOWV die finanziellen Folgen nicht absehbar und Kostensteigerungen für die Anschlussnehmer insbesondere durch Gebührenerhöhungen für Schmutz- und Regenwasser zu befürchten seien. Es müsse sich Gedanken gemacht werden, ob ein Rückkauf der Kläranlagen zukünftig anzustreben sei.

Der Redebeitrag wird von einem anderen Ratsmitglied inhaltlich unterstützt und zusätzlich wird auf die Möglichkeit hingewiesen, als Eigentümer der Kläranlagen die Abgabe der Schmutzlast von Schlachthöfen regulieren zu können.

Auf Nachfrage anderer Ratsmitglieder bezüglich Rückkaufoptionen der Kläranlagen sowie der Doppelbelastung von Haushalten aufgrund des Wegfalls der Sondervereinbarungen bezüglich der Stromvergütung von Kleinpumpwerken wird verwaltungsseitig mitgeteilt, dass

vertraglich mit dem OOWV Rückkaufoptionen der Kläranlagen, welche unabhängig von der Aufhebung der genannten Satzungen seien, bestünden. Die angesprochenen Sondervereinbarungen seien im Stadtgebiet nicht bekannt. Es könne jedoch beim OOWV eine entsprechende Anfrage gestellt werden.

Beschluss:

Der als Anlage beigefügte Satzungsentwurf der Stadt Lohne über die Aufhebung mehrerer Satzungen im Aufgabenbereich der Abwasserbeseitigung wird als Satzung beschlossen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 23 , Nein-Stimmen: 10 , Enthaltungen: 1

4.1.4. Stellung eines Förderantrags für die Sanierung des Waldbads Lohne Vorlage: 20/038/2022

Sachverhalt:

In seiner Sitzung am 6.7.2022 hat der Rat der Stadt Lohne grundsätzlich dem Einbau eines Edelstahlbeckens im Nichtschwimmerbecken des Waldbads Lohne zugestimmt. Hier ist der Sanierungsbedarf am vordringlichsten. Die grundsätzliche Problematik des hohen jährlichen Arbeits- und Reparaturaufwands und damit verbundener hoher Unterhaltungskosten ist jedoch in gleicher Weise beim 833 m² großen Schwimmerbecken, beim Springerbecken und beim Kinderplanschbecken vorhanden.

Mit dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ bietet sich über einen aktuellen Projektauftrag vom 28.7.2022 nun die Möglichkeit, eine Förderung für die Sanierung aller Schwimmbecken im Waldbad Lohne als Mehrjahresmaßnahme zu beantragen.

Bundesweit stehen 476 Mio. € aus dem Klima- und Transformationsfonds zur Verfügung. Grundsätzlich soll die 45%-ige Bundesförderung einen Umfang von 1,0 bis 6,0 Mio. € umfassen, so dass i.d.R. nur größere Projekte mit Kosten von über 2,2 Mio. € förderbar sind.

Neben der (vor allem) energetischen Sanierung / Verbesserung von Gebäuden aus den Themengebieten Sport, Jugend und Kultur sind an Außenanlagen nur Maßnahmen an Freibädern zuwendungsfähig. Für Ersatzneubauten bestehen sehr hohe Anforderungen.

Kriterien für die Auswahl der Projekte im Bundesförderprogramm sind u.a. die besondere regionale oder überregionale Bedeutung und eine hohe Qualität im Hinblick auf den Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die soziale Integration, energetische Wirkungen und die Anpassung an den Klimawandel. Die Projekte sollen u.a. vorbildhaft hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeit sein, sich durch einen besonderen und innovativen konzeptionellen und baulichen Qualitätsanspruch auszeichnen und von besonderer Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die soziale Integration in der Kommune sein.

Das Bewerbungsverfahren ist in zwei Phasen untergliedert. Kurzfristig war bis zum 30.9.2022 eine Interessenbekundung beim Projektträger, dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung Bonn (BBSR), einzureichen und in Schriftform bis zum 4.10.2022 beim BBSR und beim jeweiligen Landesressort vorzulegen. Ein noch nicht vorliegender Ratsbeschluss kann bis zum 21.10.2022 nachgereicht werden.

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages wird Ende des Jahres über erste Anträge entscheiden. Die ausgewählten Projektkommunen werden 2023 vom Projektträger BBSR aufgefordert, einen konkreten Zuwendungsantrag für die Förderung zu stellen. Die

Bewilligungsbescheide sollen dann voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2023 erteilt werden. Die erforderlichen kommunalen Finanzierungsmittel müssen in den folgenden Haushaltsjahren bereitgestellt werden. Bundesmittel stehen voraussichtlich bis 2027 zur Verfügung.

Im Rahmen der Beckensanierung und des Austauschs der Fliesenverkleidung zu einer Edelstahlverkleidung ist beabsichtigt, auch die Einstiegssituation für Menschen mit körperlicher Behinderung zu verbessern und eine Barrierefreiheit in den beiden Hauptbecken zu erreichen. Außerdem kann als energetische Maßnahme die zur Verfügung stehende Gesamtfläche zur Nutzung der Solarthermie voraussichtlich noch über die Einbeziehung von Dachflächen vergrößert werden.

Das Gesamtvolumen der Maßnahmen wird überschlägig mit 4.500.000,- € beziffert. Diese Zahl wurde für den Antrag aufgrund der für das stark amorphe Nichtschwimmerbecken vorliegenden Kostenschätzung von 1,36 Mio. € ermittelt. Eine Kostenschätzung eines Planungsbüros konnte aus zeitlichen Gründen nicht mehr eingeholt werden. Angesichts der enormen Baupreisentwicklung und der stark volatilen Edelstahlpreise ist eine Prognose für dieses Mehrjahresprojekt zusätzlich erschwert.

Diese Ausgaben könnten durch das Förderprogramm, das wie auch in der Vergangenheit sicher wieder eine hohe Überzeichnung aufweisen wird, mit bis zu 2.025.000,- € gefördert werden. Ein entsprechender Förderantrag wurde fristwährend gestellt.

Beratungsverlauf:

Stadtkämmerer Theder stellt den Sachverhalt vor. Bei der aktuellen Marktsituation sei es aufgrund von Kostensteigerungen derzeit problematisch, verlässliche Kostenschätzungen von den Planungsbüros zu erhalten.

Auf Nachfrage wird verwaltungsseitig mitgeteilt, dass im Rahmen der bisherigen Planung noch keine Ausschreibung der Bauleistungen erfolgt sei und zunächst die Rückmeldung der Förderstelle abgewartet werde.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Zuschussantrag nach dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur - Projektauftrag 2022“ für die Sanierung des Waldbads Lohne zu stellen. Dieser bezieht sich auf angenommene Kosten von 4,5 Mio. € für die beabsichtigte Sanierung der Schwimmbecken (Edelstahlverkleidung), die Schaffung barrierefreier Einstiege und die Verbesserung der Energieeffizienz.
2. Die Ausgaben und die Kofinanzierungs-Fördermittel sind in der Haushaltsplanung für die Jahre 2023-2026 zu berücksichtigen.

einstimmig beschlossen
Ja-Stimmen: 34

4.2. Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Bau und Stadtentwicklung

4.2.1. Straßenbenennung Vorlage: 60/018/2022

Sachverhalt:

Nördlich der Mülhausener Straße können kurzfristig einige Bauplätze erschlossen werden. Für die Bebauung ist es erforderlich, die Straßen zu benennen.

Vom Heimatverein wird vorgeschlagen, die nördlich weiterführende Straße weiterhin Mülhausener Straße zu benennen. Die östlich abzweigende Straße sollte Belforter Straße benannt werden. Belfort ist eine Industrie- und Garnisonsstadt in Ostfrankreich, etwa 50 Kilometer südwestlich von Mülhausen. Die westlich abzweigende Straße sollte Lyoner Straße benannt werden.

Beratungsverlauf:

Ausschussvorsitzender Maier stellt den Sachverhalt sowie die Ergebnisse der Vorberatung vor. Verwaltungsseitig wird erläutert, dass zwar der Heimatverein regelmäßig Vorschläge für die Straßenbenennung gebe, allerdings auch die Ratsmitglieder Vorschläge unterbreiten könnten.

Beschluss:

Der vorgeschlagenen Straßenbenennung wird zugestimmt.

einstimmig beschlossen
Ja-Stimmen: 34

4.2.2. Bebauungsplan Nr. 25 – 4. Änderung für den Bereich "Ehrendorf/ Lindenweg"; a) Beratung der während der erneuten öffentlichen Auslegung gem. § 4a Abs. 3 BauGB und der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragene Anregungen b) Satzungsbeschluss Vorlage: 61/029/2022

Sachverhalt:

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 25 - 4. Änderung für den Bereich „Ehrendorf/ Lindenweg“ sowie die Begründung haben vom 01.08.2022 bis zum 02.09.2022 im Rathaus der Stadt Lohne öffentlich ausgelegt.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden von der Planung informiert und ihnen wurde Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Die Stellungnahmen sind der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügt. Zu den vorgetragenen Stellungnahmen werden nachfolgende Empfehlungen gegeben.

Landkreis Vechta vom 02.09.2022

Raumordnung

Dem Hinweis zum Regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises Vechta wird gefolgt und entsprechend in der Begründung angepasst.

Städtebau

Dem Hinweis zur Ermächtigungsgrundlage wird zur Kenntnis genommen. Der entsprechende Absatz wird in die Planzeichnung redaktionell bei der örtlichen Bauvorschrift mit aufgenommen.

Umweltschützende Belange

Dem Hinweis Satz 3 des Hinweises „Artenschutz“ wird gefolgt und entsprechend angepasst.

Oldenburgisch- Ostfriesischer Wasserverband (OOWV) vom 29.07.2022

Die Hinweise des OOWV werden zur Kenntnis genommen und falls erforderlich im Rahmen der Ausbauplanungen berücksichtigt. Ein entsprechender Hinweis zum Bau einer Druckerhöhungsanlage bei der Trinkwasserinstallation ist in der Begründung bereits vorhanden.

Freiwillige Feuerwehr der Stadt Lohne vom 26.07.2022

Die erforderlichen Entnahmestellen für Löschwasser werden mit dem Brandschutzprüfer des Landkreises Vechta abgestimmt.

EWE NETZ GmbH vom 03.08.2022

Die Hinweise zu den Versorgungsleitungen der EWE NETZ GmbH werden zur Kenntnis genommen und falls erforderlich im Rahmen der Erschließungsarbeiten berücksichtigt.

Folgende Träger öffentlicher Belange äußerten **keine Bedenken**:

- **Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr vom 26.07.2022**
- **Landwirtschaftskammer Niedersachsen vom 17.08.2022**
- **Niedersächsische Landesforsten, Forstamt Ankum vom 26.07.2022**
- **Vodafone GmbH/ Vodafone Deutschland GmbH vom 17.08.2022**
- **DEUTSCHE TELEKOM TECHNIK GmbH vom 25.08.2022**
- **PLEdoc GmbH vom 21.07.2022**
- **ExxonMobil Production Deutschland GmbH vom 21.07.2022**
- **Gasunie Deutschland Transport Services GmbH vom 22.07.2022**
- **Nowega GmbH vom 29.07.2022**

Beratungsverlauf:

Ausschussvorsitzender Maier stellt den Sachverhalt sowie die Ergebnisse der Vorberatung vor. Hierzu gibt es keine weiteren Anmerkungen.

Beschluss:

- a) Den Vorschlägen der Verwaltung zur Behandlung der während der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden vorgetragenen Stellungnahmen unter Abwägung der öffentlichen und privaten Belange wird zugestimmt.
- b) Der Bebauungsplan Nr. 25 – 4. Änderung für den Bereich „Ehrendorf/ Lindenweg“, die örtliche Bauvorschrift und die Begründung hierzu werden als Satzung beschlossen.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 34

**4.2.3. Bebauungsplan Nr. 96- 4.Änderung für den Bereich „Nördlich der Dinklager Straße“; Beratung der während der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragenen Anregungen
Satzungsbeschluss
Vorlage: 61/033/2022**

Sachverhalt:

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 96- 4. Änderung für den Bereich „Nördlich der Dinklager Straße“ sowie die Begründung haben vom 15.08.2022 bis zum 14.09.2022 im Rathaus der Stadt Lohne öffentlich ausgelegt.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden von der Planung informiert und ihnen wurde Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Die Stellungnahmen sind der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügt. Zu den vorgetragenen Stellungnahmen werden nachfolgende Empfehlungen gegeben.

Landkreis Vechta vom 13.09.2022

Umweltschützende Belange

Wie aufgeführt liegt der Ausnahmeantrag von den Verboten des § 30 Abs. 2 BNatschG beim Landkreis Vechta. In diesem wird festgelegt, wie die Beeinträchtigung des geschützten Biotops ausgeglichen wird und wie die Umbaumaßnahmen möglichst verträglich zu gestalten sind. Diese Vorgaben sind im Rahmen der Umsetzung bindend.

Durch die textliche Festsetzung § 6 ist ein Uferrandstreifen von 5 m Breite von jeglicher Bodenablagerung, Bepflanzung, Einzäunung und Nutzung freizuhalten. Damit wird bereits den Forderungen des Landkreises entsprochen.

Aus Gründen der Flächensparsamkeit soll das Grundstück bestmöglich ausgenutzt werden. Ein Abstand von 4 m zum Regenrückhaltebecken wird seitens der Stadt für den Schutz vor Beeinträchtigungen als ausreichend erachtet. Ein weiteres Abrücken von der Grundstücksgrenze hätte einen sehr engen Bauteppich zur Folge, sodass die geplante Erweiterung an diesem Standort voraussichtlich nicht möglich wäre. In diesem Fall wäre ein neuer Standort erforderlich, der entsprechende Beeinträchtigungen für den Naturhaushalt mit sich bringen würde.

Der Hinweis zum Artenschutz des Landkreises Vechta wird nicht geändert. Die bereits vorhandenen Hinweise sind ausreichend für das Bauleitplanverfahren.

Wasserwirtschaft

Das anfallende Oberflächenwasser wird zukünftig in das Regenrückhaltebecken eingeleitet.

In der textlichen Festsetzung § 6 werden die Abstände zu den Gewässern bereits konkret festgesetzt. Es wird vorgesehen, dass in einem Abstand von weniger als 10 m von der oberen Böschungskante die Errichtung von baulichen Anlagen, ausgenommen von Pflasterungen für den Fahrzeugverkehr, unzulässig sowie Uferrandstreifen von 5 m Breite von jeglicher Bodenablagerung, Bepflanzung, Einzäunung und Nutzung freizuhalten sind.

Löschwasserversorgung

Die Hinweise zur Löschwasserversorgung werden zur Kenntnis genommen. Der genaue Standort der Löschwasserentnahmestelle wird mit der Brandschutzdienststelle des Landkreises Vechta unter Einbeziehung der örtlichen Feuerwehr abgestimmt.

Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie vom 26.08.2022

Die Hinweise des LBEG zu geotechnischen Informationen und zu Informationen zu Bergbauberechtigungen über den NIBIS Kartenserver werden zur Kenntnis genommen.

Hase- Wasseracht vom 11.08.2022

Die Hinweise zum Gewässerräumstreifen und Böschungsrandstreifen werden zur Kenntnis genommen. Mit der textlichen Festsetzung Nr. 6 werden Schutzmaßnahmen für den Kattenpohlgraben und Hopener Mühlenbach bereits festgesetzt. Die weiteren Hinweise werden falls erforderlich im Rahmen der weiteren Ausbauplanung berücksichtigt.

OOWV vom 29.08.2022

Die Hinweise zu den Ver- und Entsorgungsleitungen sowie -anlagen des OOWV werden zur Kenntnis genommen und falls erforderlich im Rahmen der Erschließungsarbeiten berücksichtigt. Der weitere Hinweis zur frühzeitigen Absprache des Löschwasserbedarfes wird im Rahmen der Ausbauplanung abgestimmt.

Die Hinweise zum Regenrückhaltebecken werden zur Kenntnis genommen und sind bereits im wasserrechtlichen Antrag durch ein Fachbüro berücksichtigt worden. Eine weitere enge Abstimmung mit dem OOWV wird im Rahmen der Ausführungsplanung erfolgen.

EWE NETZ GmbH vom 18.08.2022

Die Hinweise zu den Versorgungsleitungen der EWE NETZ GmbH werden zur Kenntnis genommen und falls erforderlich im Rahmen der Erschließungsarbeiten berücksichtigt.

Folgende Träger öffentlicher Belange äußerten **keine Bedenken**:

- **Niedersächsische Landesforsten, Forstamt Ankum vom 10.08.2022**
- **DEUTSCHE TELEKOM TECHNIK GMBH vom 05.09.2022**
- **ExxonMobil Production Deutschland GmbH vom 08.08.2022**

Beratungsverlauf:

Ausschussvorsitzender Maier stellt den Sachverhalt sowie die Ergebnisse der Vorberatung vor.

Ein Ratsmitglied kritisiert, dass die Bereiche für Natur und Landschaft auf andere Weise geschützt werden müssten, da diese durch Befreiungen ebenfalls bebaut werden könnten.

Beschluss:

- a) Den Vorschlägen der Verwaltung zur Behandlung der während der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden vorgetragenen Stellungnahmen und Anregungen unter Abwägung der öffentlichen und privaten Belange wird zugestimmt.
- b) Der Bebauungsplan Nr. 96 – 4. Änderung für den Bereich „Nördlich der Dinklager Straße“ sowie die Begründung werden als Satzung beschlossen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 31 , Nein-Stimmen: 3

4.3. Empfehlungen des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Wirtschaftsförderung

4.3.1. Verlängerung Gründerprogramm "Neue Läden. Neues Leben." Vorlage: WÖ/010/2022

Sachverhalt:

Seit Januar 2021 gibt es das Gründerprogramm „Neue Läden. Neues Leben.“ für die Lohner Innenstadt. Es wurde zunächst befristet auf zwei Jahre und läuft zum 31. Dezember 2022 aus. Der Fördertopf ist mit 100.000 Euro pro Jahr bestückt.

Folgende Kennzahlen weist das Gründerprogramm für die vergangenen 19 Monate auf:

- Bewerbungen: 26
- Gewinner: 17
- Bewilligte Prämien: 124.500 Euro
- Behobene Leerstände: 12 – zwei weitere Projekte sind in Umsetzung
- Zusätzliche Gespräche mit weiteren Interessenten: 28

In diesem Jahr läuft zudem noch eine letzte Bewerbungsrunde.

Beratungsverlauf:

Ausschussvorsitzender Sieveke stellt den Sachverhalt sowie die Ergebnisse der Vorberatung vor.

Ein Ratsmitglied äußert sich skeptisch gegenüber dem Gründerprogramm, da die Leerstände ein strukturelles Problem seien und das Gründerprogramm keine nachhaltige Lösung sei. Dennoch sei dies derzeit die einzige Möglichkeit der Städte zum Gegensteuern.

Andere Ratsmitglieder heben die genannten Kennzahlen hervor und betonen die gute Arbeit der Verwaltung. Die Hoffnung bestehe, dass sich die Ansiedlungen in der Innenstadt als nachhaltig erweisen.

Beschluss:

Das Gründerprogramm „Neue Läden. Neues Leben.“ soll zunächst befristet für weitere zwei Jahre fortgesetzt und jährlich mit 100.000 € ausgestattet werden.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 34

4.3.2. Antrag der Gruppe SPD / Bündnis 90 Die Grünen - Förderung von Stecker-Solaranlagen Vorlage: 20/024/2022

Sachverhalt:

Die Gruppe SPD / Bündnis 90 Die Grünen beantragte mit Schreiben vom 28.7.2022, den Kauf von privat genutztem Balkon-PV-Anlagen („Stecker-Solaranlagen“) durch die Stadt Lohne fördern zu lassen. Hierfür solle ein jährlicher Fördertopf von 20.000 € eingerichtet werden. Eine entsprechende Förderrichtlinie sei vom Rat zu beschließen.

Auf den anliegenden Antrag wird verwiesen.

Stecker-Solaranlagen können mit verhältnismäßig geringem Installationsaufwand von Mietern und Eigentümern an geeigneten Häusern angebracht werden, um selbst Strom zu erzeugen und somit die Abhängigkeit vom Netzbetreiber zu vermindern. Unter optimalen Bedingungen können bei der Installation eines Moduls mit maximal 600 W (maximal zulässig nach den einschlägigen VDE-Normen) ungefähr 520 kWh im Jahr erzeugt werden.

Die EWE Netz GmbH hat auf Anfrage darauf hingewiesen, dass seitens der Interessenten gewisse Anforderungen einzuhalten sind.

Beratungsverlauf:

Die Antragstellerin stellt den Sachverhalt vor und betont, dass mit einem finanziellen Zuschuss ein Anreiz für eine Anschaffung und damit ein Beitrag vor Ort zur Versorgungssicherheit geschaffen werde.

Ein Ratsmitglied beantragt, neben Mietern und Wohnungseigentümern auch Hauseigentümer zum Kreis der Förderempfänger zu zählen, da eine normale PV-Anlage nicht für jedes Haus geeignet sei und nicht jeder die finanziellen Mittel hierfür habe.

Nach einer Diskussion über die Ausweitung der Förderung auf Hauseigentümer lässt der Ratsvorsitzende über den Änderungsantrag abstimmen. Ratsherr Ulrich Zerhusen ist während der Abstimmung abwesend.

Beschluss:

Der Kreis der Förderempfänger wird auf Hauseigentümer ausgeweitet.

mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 11, Nein-Stimmen: 16, Enthaltungen: 6

Sodann lässt der Ratsvorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

1. Für Mieter und Eigentümer einer Wohnung wird ein einmaliger nicht rückzahlbarer Zuschuss in Höhe von 200 € als Festbetrag für die Installation einer persönlich und privat genutzten Balkon-PV-Anlage (Stecker-Solar-Gerät) mit einer maximalen Leistung von 600 Watt gewährt.
2. Für die Bezuschussung wird ein jährlicher Fördertopf in Höhe von zunächst 20.000 € eingerichtet.
3. Die Förderung wird durch eine zu erarbeitende Richtlinie abgesichert und beschlossen.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 31 , Enthaltungen: 2

**4.3.3. Gewährung eines investiven Zuschusses an die Kreisvolkshochschule Vechta e. V. für den Um-/Ausbau und die Teilsanierung des Gebäudes Lindenstraße 49
Vorlage: 20/027/2022**

Sachverhalt:

Die Kreisvolkshochschule Vechta e.V. hat im Jahr 2004 ein ehemaliges Gebäude der EWE in der Lindenstraße von der Stadt Lohne erworben, das Sitz des Vereins und Standort von Seminarräumen ist. Wie aus dem anliegenden Schreiben hervorgeht, führt die KVHS dort derzeit umfangreiche Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen durch.

Die Inanspruchnahme von Zuschüssen der Stadt Lohne sei nicht beabsichtigt gewesen – neben einer Förderung der Aktion Mensch hätte das Vorhaben aus jahrelang aufgebauten Rücklagen umgesetzt werden sollen. Wegen der aktuellen Baukostensteigerungen und aufgrund von mit der Altbausanierung zusammenhängenden uneingeplanten Zusatzausgaben seien die erwarteten Baukosten von 765.000 € auf 890.000 € gestiegen. Diese Mehrausgaben könne der Verein nicht mehr aus Rücklagen aufbringen.

Daher wurden laut Schreiben vom 27. Juli 2022 mehrere Maßnahmen in der Ausführung zurückgestellt, die ein Gesamtkostenvolumen von 125.000 € umfassen:

- die Sanierung der alten WC-Anlagen im Erdgeschoss (ca. 30.000 €)
- der Bau einer weiteren WC-Anlage im Erdgeschoss (ca. 30.000 €)
- die Erneuerung des Schmutzwasser-Rohrnetzes auf dem Grundstück (ca. 20.000 €)
- die EDV-technische Anbindung des Nebengebäudes an die EDV des Hauptgebäudes mit einem LWL-Kabel (ca. 20.000 €)
- die Anschaffung von Möbeln für die hinzugekommenen Seminar- und Besprechungsräume (ca. 25.000 €).

Außerdem sei die beabsichtigte Errichtung einer PV-Anlage ebenfalls zurückgestellt worden (ca. 45.000 €).

Der Verein beantragt in seinem Schreiben einen Zuschuss in Höhe von 50 % der zusätzlich notwendigen Finanzmittel für die aktuell zurückgestellten Maßnahmen. Ohne die PV-Anlage beläuft sich der beantragte Zuschuss auf 62.500 € - das entspricht 7 % der Investitionssumme des gesamten Umbauvorhabens.

Beratungsverlauf:

Ausschussvorsitzender Sieveke stellt den Sachverhalt sowie die Ergebnisse der Vorberatung vor. Es wird erläutert, dass der Zuschuss eine außerplanmäßige Auszahlung darstelle.

Während der Abstimmung sind Ratsherr Julian Tillesch und Ratsherr Paul Sandmann abwesend.

Beschluss:

Die Kreisvolkshochschule Vechta e. V., Lindenstraße 49, Lohne, erhält für die aktuell zurückgestellten Maßnahmen einen Zuschuss in Höhe von 50 %, maximal 62.500 € (ohne PV-Anlage).

einstimmig beschlossen
Ja-Stimmen: 32

4.3.4. Beratung der 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2022 Vorlage: 20/028/2022

Sachverhalt:

Erhebliche Veränderungen der im Haushaltsplan veranschlagten Erträge / Einzahlungen und Aufwendungen / Auszahlungen werden auch im Haushaltsjahr 2022 durch den Erlass einer Nachtragssatzung geregelt. Dies betrifft vor allem gemäß § 6 der Haushaltssatzung Mehraufwendungen von mehr als 10.000 € je Budget.

Nach dem anliegenden Entwurf erhöhen sich im Ergebnishaushalt die ordentlichen Erträge von 51.620.500 € auf 57.707.500 € (+ 5.124.000 €). Dies liegt hauptsächlich an Veränderungen bei einzelnen Steuerarten und Zuweisungen, die aufgrund der Entwicklung im Haushaltsjahr erwartet werden:

- Erhöhung der eingeplanten Gewerbesteuereinnahmen um 5,3 Mio. € auf 27,0 Mio. €
- Erhöhung der Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer um 0,48 Mio. € auf 13,7 Mio. €
- Erhöhung der Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer um 0,1 Mio. € auf 3,186 Mio. €

Die Gesamtsumme der geplanten Aufwendungen steigt von 49.854.700 € auf 50.817.700 € (+ 519.000 €). Ursächlich hierfür sind vor allem die erhöhte Gewerbesteuerumlage sowie steigende Energie- und Bauunterhaltungskosten.

Der Ergebnishaushalt weist im Nachtrag 2022 einen planmäßigen Überschuss im ordentlichen Ergebnis in Höhe von 6.889.800 € aus (bisher: 1.765.800 €, Verbesserung = 5.124.000 €). Mit Einbeziehung der Ansätze für das außerordentliche Ergebnis beträgt der Überschuss 7.489.800 €.

Die Auszahlungen für Investitionstätigkeit steigen im Planentwurf von 28.382.000 € auf 32.011.000 € (+ 3.629.000 €). Hauptursache hierfür sind höhere Einplanungen für den städtischen Grunderwerb für Wohn- und Gewerbeflächen.

Der Gesamtbetrag der planmäßigen Einzahlungen erhöht sich von 64.879.500 € auf 67.501.500 € (+ 2.622.000 €), der Gesamtbetrag der geplanten Auszahlungen von 74.135.700 € auf 78.717.700 € (+ 4.582.000 €). Das Finanzmitteldefizit des Haushaltsjahres beträgt somit 11.216.200 € (+ 1.960.000 €).

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen (Kreditermächtigung) wird nicht verändert.

Der Gesamtbetrag der im Jahr 2022 möglichen Verpflichtungsermächtigungen (investive Vorbelastung künftiger Haushaltsjahre) erhöht sich von bisher 7.740.000 € um 5.236.000 € auf 12.976.000 €. Folgende Sachverhalte werden hierdurch im Nachtrag geregelt:

•		
	nv.-Nr. 21/006 FW-Gerätehaus Lohne	+ 700.000 €
•		
	nv.-Nr. 21/045 Umbau Soccerarena / Basketballplatz	110.000 €
•		
	nv.-Nr. 22/004 Modernisierung Grundschule Kroge	520.000 €
•		
	nv.-Nr. 22/006 Sanierung Nichtschwimmerbecken Waldbad	1.260.000 €

•	nv.-Nr. 22/012 Sanierung Schützenhalle Märschendorf	190.000 €	
•	nv.-Nr. 22/017 PV-Anlage Lohneum	320.000 €	
•	nv.-Nr. 22/020 Franziskusschule Werkraum	400.000 €	
•	nv.-Nr. 22/028 Zuschuss zum Umbau Kita St. Michael	1.000.000 €	
•	nv.-Nr. 22/031 Sanierung und Erweiterung WC-Anlage Kettelerschule	320.000 €	
•	nv.-Nr. 22/032 PV-Anlage Parkhaus Franziskusstraße	330.000 €	
•	nv.-Nr. 22/033 Zuschuss Anbau MHD-Dienststelle	36.000 €	
•	nv.-Nr. 22/034 Kita St. Katharina, klimatische Anpassung	50.000 €	

Für das in naher Zukunft eröffnende Parkhaus Vogtstraße wird zur besseren Abgrenzung formell ein eigener Kostenträger gebildet.

Wesentliche Veränderungen von Haushaltsansätzen sind im Vorbericht erläutert.

Beratungsverlauf:

Stadtkämmerer Theder stellt den Sachverhalt vor und erläutert die einzelnen Positionen.

Ein Ratsmitglied kritisiert die hohen Investitionen zum Kauf von Flächen für die Ansiedlung von Industrie sowie die fehlenden Investitionen in Richtung Klimaschutz.

Andere Ratsmitglieder stellen die soliden sowie nachvollziehbaren Haushaltszahlen heraus und loben die sinnvollen Investitionen.

Beschluss:

Die 1. Nachtragshaushaltssatzung und der 1. Nachtragshaushaltsplan für das Jahr 2022 wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 32 , Nein-Stimmen: 2

4.3.5. Zuschuss an das Ludgerus-Werk e.V. für den Betrieb der Volkshochschule und der Familienbildungsstätte Vorlage: 20/029/2022

Sachverhalt:

Das Ludgerus-Werk ist seit Jahrzehnten in Lohne ein anerkannter Träger der Erwachsenenbildung. Es ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft für katholische Erwachsenenbildung im Offizialatsbezirk Oldenburg und Mitglied der Katholischen Erwachsenenbildung (KEB) im Lande Niedersachsen. Das Ludgerus-Werk unterhält die Volkshochschule und die Familienbildungsstätte und kooperiert eng mit den anderen Bildungsträgern der Umgebung, speziell mit der KVHS Vechta.

Typisch für das Kursangebot von Volkshochschulen sind Themenbereiche wie Politik/Gesellschaft/Umwelt, Arbeit und Beruf, Sprachen (Fremdsprachen, Deutsch als Fremdsprache oder Zweitsprache, Alphabetisierung), Multimedia / EDV oder Schulabschlüsse.

Zum Programmspektrum von Familienbildungsstätten gehören traditionell geburts- und familienvorbereitende Kurse, Eltern-Kind-Angebote, pädagogisch-psychologische Vorträge und Kurse, Kreativ- und Freizeitangebote, Gesundheitskurse und Ernährungskurse, aber auch Selbsthilfeangebote, Angebote zur Qualifizierung von Frauen, Angebote aus den Bereichen Kunst und Gesellschaft sowie personenorientierte und interkulturelle Bildung (Quelle: Wikipedia)

Bezüglich der konkreten Betätigungsfelder in Lohne (u.a. Weiterbildung bei EDV- und Sprachkenntnissen, Gesundheits- und Kochkursen, berufsbezogenen Fortbildungen, Durchführung einer überbetrieblichen Ausbildung) wird auf die anliegende Beschreibung des Antrags und die Darstellung des Kursprogramms im Internet unter <https://www.ludgerus-werk.de/> verwiesen.

Die Stadt Lohne fördert die Arbeit des Ludgerus-Werks seit 1996 mit einem gleichbleibenden Festbetrag von 170.000 Euro pro Jahr. Davon entfielen auf die Volkshochschule 100.000 € und auf die Familienbildungsstätte 70.000 €.

Mit Antrag vom 16.08.2022 beantragt das Ludgerus-Werk e.V. eine Erhöhung des jährlichen Zuschusses um 80.000 € auf 250.000 € (Volkshochschule 150.000 € / Familienbildungsstätte 100.000.€)

Es verweist darauf, dass stark erhöhte Kosten für die Unterhaltung, Bewirtschaftung und Energieversorgung der Gebäude sowie für externe EDV-Betreuung und eigene Personalkosten anfallen, ohne dass nennenswerte Mehrerträge erzielbar seien. Außerdem werde der bisherige ehrenamtliche Geschäftsführer der Einrichtung in absehbarer Zeit durch eine hauptamtliche Geschäftsführung ersetzt werden.

Dadurch werde der finanzielle Spielraum stark eingeengt. Während nach Aussage des Antragstellers 2021 noch ein Überschuss von 35.000 € erzielt wurde, werde angesichts der absehbaren Ausgabesteigerungen ohne eine Zuschusserhöhung ein Defizit unvermeidbar sein. Das Ergebnis des 1. Halbjahres 2022 sei schon stark negativ.

Der Gesamtumsatz des Ludgerus-Werks liegt bei ca. 2,8 Mio. € pro Jahr. Ein städtischer Zuschuss von 250.000 € würde ca. 9 % der jährlichen Gesamtausgaben der Weiterbildungseinrichtung bedeuten.

Hierin nicht enthalten ist der jährliche städtische Zuschuss von derzeit 60.000 € für den Betrieb des Seniorentreffpunktes und der Freiwilligenagentur.

Setzt man die möglichen Mehrkosten für eine hauptamtliche Geschäftsführung mit 40.000 € pro Jahr an, so beträgt die restliche Zuschusserhöhung 40.000 € (ca. 24 %), nach 26 Jahren ohne eine Anpassung. Die Anfrage nach einer Zuschusserhöhung erscheint grundsätzlich aus Sicht der Stadtverwaltung nachvollziehbar.

Da andererseits ein größerer Teil der in den Raum gestellten Mehrkosten erst mit der tatsächlichen Einstellung eines hauptamtlichen Geschäftsführers anfällt, erscheint es sachgerecht, auch dann erst die Förderung tatsächlich in dem beantragten Umfang auszuweiten.

Beratungsverlauf:

Ratsherr Norbert Hinzke begibt sich aufgrund eines Mitwirkungsverbot in den Bereich der Zuhörer.

Ausschussvorsitzender Sieveke stellt den Sachverhalt sowie die Ergebnisse der Vorberatung vor. Hierzu gibt es keine weiteren Anmerkungen.

Beschluss:

Das Ludgerus-Werk e.V. Lohne erhält ab dem 01.01.2023 einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 210.000 €, davon 125.000 € für das Ludgerus-Werk und 85.000 € für die Familienbildungsstätte. Ab der Übernahme der Geschäftsführung durch einen hauptamtlichen Geschäftsführer mit mindestens 25 Stunden / Woche steigt der Zuschuss auf jährlich 250.000 €, davon 150.000 € für das Ludgerus-Werk und 100.000 € für die Familienbildungsstätte.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 32 , Enthaltungen: 1

**4.3.6. Zuschussanträge des SV Amasya Spor Lohne e. V. für die Sanierung der Sanitäranlagen im Stadion am Amasyaweg sowie für die Anschaffung eines Mähgeräts
Vorlage: 20/030/2022**

Sachverhalt:**1. Sanierung der Umkleidekabinen**

Der SV Amasya Spor Lohne e.V. beantragt in einer Mail vom 13.07.2022 entsprechend der Sportförderrichtlinie der Stadt Lohne einen Zuschuss zur Sanierung der inzwischen über 20 Jahre alten Sanitäranlagen. Anlass seien die steigenden Reparaturkosten, aber auch der Zweck der Wasser- und Energieeinsparung.

Nach dem vorgelegten Angebot (Stand Juni 2022) ist für die Durchführung von Kosten in Höhe von ca. 20.326 € auszugehen. Auf jederzeit mögliche Preisanpassungen wurde im Angebot hingewiesen.

2. Anschaffung eines Großflächenmäroboters

Der SV Amasya Spor Lohne e.V. reichte im Juli 2022 einen Antrag auf Bezuschussung der Anschaffung eines Großflächenmäroboters ein. Die Anschaffungskosten belaufen sich laut Angebot auf 20.750 €.

Gemäß § 4 der städtischen Sportförderrichtlinie können Sportvereinen für den Neubau, die Erweiterung, die Sanierung und die damit in Zusammenhang stehende Ausstattung Zuschüsse gewährt werden. Sanierungsmaßnahmen sind nur dann förderungsfähig, wenn sie über den gewöhnlichen Unterhaltungsaufwand hinausgehen

Laut § 5 der Richtlinie beträgt der Zuschuss für notwendige Sanierungsmaßnahmen an stadteigenen bzw. langfristig gepachteten Sportanlagen bei den dort genannten Vereinen (u.a. Amasya Spor) 75 %.

Anschaffungen von Ausstattungsgegenständen, die nicht in Zusammenhang mit einem Bauvorhaben stehen, werden bei vorstehend aufgeführten Vereinen mit 50 % der nachgewiesenen Kosten bezuschusst.

Beratungsverlauf:

Ausschussvorsitzender Sieveke stellt den Sachverhalt sowie die Ergebnisse der Vorberatung vor. Hierzu gibt es keine weiteren Anmerkungen.

Beschluss:

- a) Der SV Amasya Spor Lohne e. V. erhält für die Sanierung der Sanitäranlagen in seinem Stadion am Amasyaweg entsprechend der Sportförderrichtlinie der Stadt Lohne einen Zuschuss in Höhe von 75 % der nachgewiesenen Gesamtkosten, maximal jedoch in Höhe von 15.244 €.

- b) Der SV Amasya Spor Lohne e. V. erhält für die Anschaffung eines Mähroboters für seinem Stadion am Amasyaweg entsprechend der Sportförderrichtlinie der Stadt Lohne einen Zuschuss in Höhe von 50 % der nachgewiesenen Gesamtkosten, maximal jedoch in Höhe von 10.375 €.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 34

4.3.7. Entgeltordnung für die Benutzung des Parkhauses Vogtstraße Vorlage: 20/032/2022

Sachverhalt:

Die Stadt Lohne errichtet in der Vogtstraße ein Parkhaus mit insgesamt 97 Stellplätzen, das im Herbst 2022 eröffnet und danach kostenpflichtig von der Stadt Lohne betrieben werden soll. Der Bau des Parkhauses wird wesentlich durch Städtebaufördermittel gefördert.

Für die öffentliche Bereitstellung von Stellplätzen ist eine Entgeltordnung notwendig, die gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 8 NKomVG vom Rat zu beschließen ist.

Das Parkhaus ist mit einer Einfahrt- und einer Ausfahrtschranke sowie einem Rolltor versehen. Vorgesehen ist derzeit, dass das Parkhaus an allen Wochentagen zur Einfahrt geöffnet ist. Eine Zufahrt sollte für die Öffentlichkeit zeitlich im Zeitraum von ca. 6 – 22 Uhr möglich sein, an Wochenenden (freitags / samstags) ggfls. auch etwas länger. Technisch wird gewährleistet, dass Parkscheininhaber auch dann das Parkhaus zu Fuß betreten und es mit ihrem Fahrzeug verlassen können, wenn das Rolltor geschlossen ist, so wie es auch beim Franziskus-Parkhaus sichergestellt ist.

Zudem ist zu berücksichtigen, dass die Nutzung der Tiefgarage der Liegenschaft „Nyhuis“ nur über die städtische Tiefgarage möglich ist („Parkhaus-im-Parkhaus“-System).

Laut dem Entwurf der Entgeltordnung soll die Nutzung des Parkhauses in den ersten zwei Stunden kostenfrei bleiben. Ziel ist, dass Besucher der Innenstadt diesen Zeitraum für den Aufenthalt in Handels- und Dienstleistungsbetrieben, Gaststätten und Gemeinbedarfseinrichtungen ohne einen besonderen Zeitdruck nutzen können. Nach diesem Zeitraum wird jede angefangene Stunde mit 1,00 € berechnet. Die Regelung der Höchstsätze für längeres Parken entspricht derjenigen des Franziskus-Parkhauses.

Im Rahmen des Verkaufs der Liegenschaft „Nyhuis“ wurde mit dem Käufer befristet die Möglichkeit vereinbart, dass dieser mehrere Stellplätze für Mieter der dortigen Wohn- und Gewerbeeinheiten anmieten kann. Um die Fluktuation zu steigern und so wenig Parkplätze wie möglich dauerhaft besetzt zu halten, sollen keine weiteren Dauerparkplätze vergeben werden.

Beratungsverlauf:

Ausschussvorsitzender Sieveke stellt den Sachverhalt sowie die Ergebnisse der Vorberatung vor. Hierzu gibt es keine weiteren Anmerkungen.

Beschluss:

1. Die anliegende Entgeltordnung für die Nutzung des Parkhauses Vogtstraße wird beschlossen.

2. Der Verwaltungsausschuss und die Verwaltung werden ermächtigt, in besonderen Fällen ergänzende oder abweichende Tarife festsetzen zu dürfen. Grundlegende Änderungen der Tarifstruktur bedürfen einer Beschlussfassung durch den Rat.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 32 , Nein-Stimmen: 2

4.3.8. Zuschussantrag des Reit- und Fahrvereins Lohne e. V. für mehrere Maßnahmen / Anschaffungen Vorlage: 20/034/2022

Sachverhalt:

Der Reit- und Fahrverein Lohne e.V. (RFV) beantragt mit Schreiben vom 31.08.2022 die Gewährung eines Zuschusses für mehrere Maßnahmen / Anschaffungen im Bereich der Reithalle in Bokern.

1. Einbau einer Beregnungsanlage zur Bewässerung des Hallenbodens

Nach der 2022 erfolgten Sanierung des Bodens in der Reithalle besitzt dieser sehr gute Fähigkeiten. Damit diese erhalten bleiben, ist eine regelmäßige Beregnung erforderlich. Vor der 2016/2017 durchgeführten Dachsanierung war eine Beregnungsanlage in der Halle vorhanden (wenn auch zuletzt defekt), die im Rahmen der Dacharbeiten deinstalliert wurde.

Der RFV sieht große Vorteile in einer Beregnungsanlage, da das dauernde Befahren mit einem Trecker mit Wassertank gerade wieder zur Verdichtung führt, weniger effektiv ist und mehr Personal bindet. Bei einer (laut Planung einfach gehaltenen) Beregnungsanlage bleibt der Boden dauerhaft intakt.

Nach dem vorgelegten Angebot ist für die Durchführung von Kosten in Höhe von **15.470 €** auszugehen.

2. Anschaffung eines Traktors

Der vom RFV genutzte Traktor ist nach Angaben des Vereins stark abgängig. Der Verein reicht daher einen Antrag auf Bezuschussung der Anschaffung eines neuen Traktors ein. Einzelheiten gehen aus dem Antragsschreiben hervor. Die Kosten werden mit ca. **42.126 €** benannt.

Außerdem sind im Zuschussantrag noch folgende Investitionen benannt, für die der Verein eine Bezuschussung nach der Sportförderrichtlinie beantragt:

3. Erneuerung der Heizungsanlage, Kosten ca. 6.146 €

4. Erneuerung der Küche, geschätzte Kosten ca. 25.000 €

5. Anschaffung einer Industrielwaschmaschine 5.766 €

Der RFV Lohne erhält im Gegensatz zu anderen mitgliederstarken Lohner Sportvereinen keinen laufenden Zuschuss durch die Stadt Lohne. Nach seinen Angaben könne daher auf die finanzielle Unterstützung bei der Durchführung der o.g. Sanierungs- und Anschaffungsmaßnahmen nicht verzichtet werden.

Gemäß § 4 der städtischen Sportförderrichtlinie können Sportvereinen für den Neubau, die Erweiterung, die Sanierung und die damit in Zusammenhang stehende Ausstattung Zuschüsse gewährt werden.

Laut § 5 der Richtlinie beträgt der Zuschuss für notwendige Sanierungsmaßnahmen an stadt-eigenen bzw. langfristig gepachteten Sportanlagen (und auch für Neubauten und die damit in Zusammenhang stehende Ausstattung) bei den dort genannten Vereinen 75 %. Gemäß der Sportförderrichtlinie beträgt der Fördersatz für Anschaffungsgegenstände 50 %.

Die Neuausstattung der KÜcheneinrichtung zählt nicht zum engeren Kern der Sportförderung. Hierfür sollte eine Förderung nach Ansicht der Stadtverwaltung nur im notwendigen Umfang erfolgen, ggfls. als Pauschalbetrag. Für die Küche wurde derzeit noch kein Angebot eingereicht.

Beratungsverlauf:

Ausschussvorsitzender Sieveke stellt den Sachverhalt sowie die Ergebnisse der Vorberatung vor. Es wird erläutert, dass der Zuschuss eine außerplanmäßige Auszahlung darstelle.

Beschluss:

Der Reit- und Fahrverein Lohne e.V. erhält für die im Antrag vom 31.08.2022 genannten Maßnahmen (Ziffer 1, 2, 3 und 5) einen Zuschuss gemäß der städtischen Sportförderrichtlinie.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 33 , Enthaltungen: 1

4.3.9. Satzung der Stadt Lohne über die Erhebung von Ausgleichsbeträgen für nicht herzustellende Kraftfahrzeugeinstellplätze (Ablösungssatzung) Vorlage: 22/002/2022

Sachverhalt:

Die aktuelle Ablösungssatzung wurde am 28.05.2015 vom Stadtrat mit der Maßgabe, dass über die Höhe des Ausgleichsbetrages in zeitlichen Abständen von fünf Jahren neu zu entscheiden ist, beschlossen. Durch die Corona-Pandemie hat sich die Aktualisierung verzögert.

Der zurzeit geltende Ablösungsbetrag in Höhe von 4.900,00 € steht in keinem angemessenen Verhältnis mehr zu den heutigen Herstellungskosten von Hoch- und Tiefgaragenplätzen sowie ebenerdigen Einstellplätzen. Ebenfalls sind die Grundstückswerte (Bodenrichtwerte) in den vergangenen Jahren gestiegen. Die Möglichkeit, durch die Zahlung des „geringen“ Ablösungsbetrages Kosten zu sparen und gleichzeitig die Ausnutzungsmöglichkeiten des Bauvorhabens zu erhöhen, führt zur Verlagerung dieser Kosten vom Bauherrn auf die Stadt und damit zur Benachteiligung der Bauherren, die ihrer Verpflichtung zum Stellplatznachweis nachkommen. Langfristig betrachtet führt ein Mangel an Stellplätzen im Innenstadtbereich zu Parkproblemen mit ordnungsrechtlichen Folgen.

Die Satzung regelt nicht, ob eine Ablösung zugelassen wird, sondern nur die Höhe des bei einer Ablösung zu zahlenden Geldbetrages. Ob die Ablösung im Einzelfall zugelassen wird, ist nach § 47 NBauO zu entscheiden. Eine Ablösung von Stellplätzen soll nur im Einzelfall ermöglicht werden, wenn eine angemessene bauliche Nutzung des Grundstücks sonst nicht möglich wäre.

Aus Gründen der Gleichbehandlung und Rechtssicherheit sollte der für die nicht nachgewiesenen Einstellplätze zu zahlende Ablösebetrag nach **einheitlichen** Grundsätzen weiterhin für das gesamte Stadtgebiet festgelegt werden. „**Einheitlich**“ bedeutet, dass der Ablö-

sungsbetrag pauschal festzusetzen ist und Besonderheiten der Einzelfälle außer Acht bleiben sollen. Von der Bildung von Zonen wird abgesehen, da bei der Festsetzung von Ablösebeträgen in den Grenzbereichen der Zonen Abgrenzungsprobleme (z. B. zonenübergreifendes Baugrundstück) zu erwarten sind. Der vorstehend ermittelte Ablösungsbetrag in Höhe von **12.000 €** ist für die Ablösung von Stellplätzen im Stadtkern aus den oben angeführten Erwägungen sachgerecht. Ablösungen betreffen fast nur den Stadtkern, da in den Bereichen außerhalb des Stadtkerns in der Regel ausreichend Platz für die Anlegung von Stellplätzen vorhanden ist.

Die Einnahmen aus den Ablösungsbeträgen sind nach § 47 Abs. 7 NBauO **zweckgebunden** (§ 18 KomHKVO) und für bestimmte Verkehrsinvestitionen wie z. Bsp. die Anlegung von Parkplätzen, Stellplätzen, Fahrradabstellanlagen oder ÖPNV-Maßnahmen zu verwenden.

Die Kosten für einen öffentlichen Einstellplatz wurden anhand der nachfolgend aufgeführten Grundlagen ermittelt:

- **Pkw-Stellplatz einschließlich anteiliger Verkehrsfläche** **25 qm**

Bei der Berechnung des Flächenbedarfs für einen Einstellplatz wurden die „Empfehlungen für Anlagen des ruhenden Verkehrs“ zugrunde gelegt. Danach sind für die reine Stellplatzfläche 15 qm zu berücksichtigen zuzüglich einer Rangierfläche von 10 qm; insgesamt 25 qm.
- **Anteiliger Bauherrenanteil** **75 v. H.**

Dem Bauherrn steht nach der Ablösung kein konkreter Stellplatz zur Verfügung. Er profitiert insofern nicht in vollem Umfang von der Ablösung. Entsprechend der Kommentierung zur NBauO kann von den Kosten ein prozentualer Abschlag vorgenommen werden. Für eine rechtssichere Satzung darf der Abschlag ca. 35 % nicht überschreiten.
- **Herstellungskosten ebenerdiger Stellplatz (pauschal)** **5.300 €**

Grundlage: Parkplatzanlage am Lohneum 2018
(Herstellungswert von 4.200 € durch Baupreisindizes fortgeschrieben)
- **Herstellungskosten Hochgaragenstellplatz** **~ 15.200 €**

Grundlage: Tatsächliche Baukosten (netto) lt. Anlagenbuchhaltung
- **Herstellungskosten Tiefgaragenstellplatz** **~ 35.500 €**

Grundlage: Kostenschätzung (netto) Neubau Vogtstraße
- **Grundstückswert**

Grundlage: Durchschnittlicher Bodenrichtwert für das Stadtgebiet **160 €/qm**

Der Ablösebetrag soll für das gesamte Stadtgebiet gelten. Insofern ist aus Gleichbehandlungsgründen der durchschnittliche Bodenrichtwert anzusetzen. Im Zuge der anstehenden Grundsteuerreform wurde der durchschnittliche Bodenrichtwert für die Stadt Lohne zum Stichtag

01.01.2022 ermittelt und beträgt lt. Grundsteuer-Viewer 160 €/qm.

- **Berechnungsformel Einstellplatz:**

Mittelwert aus Kosten Hoch- und Tiefgarage + Kosten ebenerdiger Parkplatz.

Dabei wird der Mittelwert aus Hoch- und Tiefgarage (25.350 €) zu ebenerdigem Parkplatz (5.300 €) im Verhältnis 1 : 2 gewichtet, da außerhalb des stadtkernnahen Zentrums eher die Möglichkeit besteht, einen gepflasterten ebenerdigen Stellplatz herzustellen.

Berechnung: $(25.350 \text{ €} + 2 \times 5.300 \text{ €}) / 3 = \mathbf{11.980 \text{ €}}$

- **Ablösungsbetrag:** $0,75 \times (25 \text{ qm} \times 160 \text{ €} + 11.980 \text{ €}) = 11.985 \text{ €}$
~ **12.000 €**

Beratungsverlauf:

Ausschussvorsitzender Sieveke stellt den Sachverhalt sowie die Ergebnisse der Vorberatung vor.

Auf Nachfrage wird verwaltungsseitig klargestellt, dass mit dem Außerkrafttreten der alten Satzung Einzelfallentscheidungen nicht mehr möglich sind.

Ein Ratsmitglied weist bezogen auf die Höhe des Ausgleichsbetrags auf die Notwendigkeit der Unterscheidung zwischen Gewerbegebieten und innerstädtischen Gebieten hin und plädiert für eine Unterscheidung in Zonen.

Beschluss:

Der Ausgleichsbetrag für nicht herzustellende Kraftfahrzeugeinstellplätze wird auf 12.000 € je Einstellplatz festgesetzt. Die Satzung über die Erhebung von Ausgleichsbeträgen für nicht herzustellende Kraftfahrzeugeinstellplätze (Ablösungssatzung) tritt in der anliegenden Fassung in Kraft.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 33 , Nein-Stimmen: 1

**5. Genehmigung für Dienstreisen in die Partnerstädte Rixheim und Mittelwalde
Vorlage: 10/010/2022**

Sachverhalt:

Im Rahmen verschiedener Feierlichkeiten (z. B. Jubiläum) reisen Delegationen in die Partnerstädte Rixheim und Mittelwalde, darunter u. a. die Bürgermeisterin Dr. Henrike Voet.

Für diese handelt es sich dabei um eine Auslandsdienstreise, die von der obersten Dienstbehörde, dem Stadtrat, gem. § 3 NBG i. V. m. § 107 Abs. 5 S. 1 NKomVG genehmigt werden muss.

Von der Verwaltung wird empfohlen, der Bürgermeisterin eine generelle Genehmigung für Besuche der beiden Partnerstädte zu erteilen. Es besteht ein dienstliches Interesse an der Begleitung von Delegationen sowie am Führen von Gesprächen und am Informationsaustausch zur Vertiefung der Partnerschaft.

Eine Vorberatung der Angelegenheit durch den Verwaltungsausschuss entfällt, da dieser bezüglich der Bürgermeisterin keine Vorgesetztenfunktion inne hat.

Beratungsverlauf:

Bürgermeisterin Dr. Voet begibt sich aufgrund eines Mitwirkungsverbotes in den Bereich der Zuhörer.

Allgemeiner Vertreter Kühling stellt den Sachverhalt vor und weist darauf hin, dass eine Vorbereitung des Beschlusses durch den Verwaltungsausschusses nicht notwendig sei. Die Genehmigung beziehe sich ausschließlich auf Dienstreisen in die Partnerstädte Rixheim und Mittelwalde.

Beschluss:

Der Bürgermeisterin Dr. Henrike Voet wird eine generelle Dienstreisegenehmigung für Besuche der Partnerstädte Rixheim und Mittelwalde gem. § 3 NBG i. V. m. § 107 NKomVG erteilt.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 32 , Enthaltungen: 1

6. Wahl des Schiedsmannes und seines Stellvertreters Vorlage: AV/001/2022

Sachverhalt:

Für streitige Rechtsangelegenheiten in bestimmten bürgerlich-rechtlichen und strafrechtlichen Angelegenheiten ist nach dem Niedersächsischen Gesetz über gemeindliche Schiedsämter (NSchÄG) für die Stadt Lohne eine ehrenamtlich tätige Schiedsperson zu bestellen. Für die Schiedsperson ist mindestens ein Stellvertreter oder eine Stellvertreterin zu berufen.

In der Sitzung des Stadtrates vom 06.09.2017 wurden jeweils für eine Amtszeit von fünf Jahren die Herren Gert Kühling zum Schiedsmann und Klemens Lohmann zu seinem Stellvertreter als Schiedsmann berufen. Der Direktor des Amtsgerichts Vechta weist mit Schreiben vom 27.07.2022 darauf hin, dass die Amtszeit von Herrn Kühling und seines Stellvertreters Herrn Lohmann am 30.10.2022 endet.

Herr Kühling hat sich bereit erklärt, diese Aufgabe weiter zu übernehmen. Herr Lohmann geht in den Ruhestand und steht deshalb nicht wieder zur Verfügung. Herr Sebastian Wolke hat sich bereit erklärt, künftig die Stellvertretung des Schiedsmannes der Stadt Lohne zu übernehmen.

Beratungsverlauf:

Bürgermeisterin Dr. Voet stellt den Sachverhalt vor. Hierzu gibt es keine weiteren Anmerkungen.

Beschluss:

Für die nächste Amtszeit von fünf Jahren ab 01.11.2022 wird Herr Allgemeiner Vertreter der Bürgermeisterin Gert Kühling zum Schiedsmann und Herr Amtsleiter Sebastian Wolke zum Stellvertreter des Schiedsmannes gewählt.

einstimmig beschlossen
Ja-Stimmen: 34

7. Anträge, Anfragen und Anregungen

7.1. Antrag der Gruppe SPD / Bündnis 90 Die Grünen gem. § 56 NKomVG auf Änderung des § 8 der Geschäftsordnung Vorlage: 10/011/2022

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 19.09.2022 wurde seitens der Gruppe SPD / Bündnis 90 Die Grünen der Antrag gem. § 56 NKomVG auf Änderung des § 8 der Geschäftsordnung bzgl. der Einführung der Beschlusskontrolle gestellt.

Begründet wird der Antrag u.a. damit, dass durch die Umsetzung der Beschlusskontrolle die Transparenz des Verwaltungshandelns erhöht wird und somit auch die Übersichtlichkeit und Nachvollziehbarkeit der Umsetzung der politischen Entscheidungen.

Beratungsverlauf:

Der Antragsteller stellt den Sachverhalt vor und nennt Beispiele, bei denen eine Beschlusskontrolle die Nachvollziehbarkeit der Umsetzung erhöht hätte. Zusätzlich sei die Suchfunktion im Ratsinformationssystem nicht optimal, um einzelne Beschlüsse wiederzufinden. Ein Ratsmitglied unterstützt den Antrag, da bei der großen Menge an Anträgen die Übersichtlichkeit verloren gehe.

Ein anderes Ratsmitglied gibt den demokratischen Mehraufwand für die Pflege des Systems zu bedenken, welcher nicht im Verhältnis zu einzelnen Schwierigkeiten bei der Nachvollziehbarkeit stehe. Eine punktuelle Kontrolle einzelner Beschlüsse sei sinnvoller.

Sodann lässt der Ratsvorsitzende über den Antrag durch Geschäftsordnungsbeschluss abstimmen.

Beschluss:

Die Angelegenheit wird an den Verwaltungsausschuss verwiesen.

mehrheitlich beschlossen
Ja-Stimmen: 31 , Nein-Stimmen: 1 , Enthaltungen: 2

7.2. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 56 NKomVG auf Erstellung eines Konzeptes der zukünftigen Nutzung der Von-Galen-Schule Vorlage: 10/015/2022

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 26.09.2022 wurde seitens der SPD-Fraktion der Antrag gem. § 56 NKomVG auf Erstellung eines Konzeptes zur künftigen Nutzung der Von-Galen-Schule durch ein externes Fachbüro gestellt.

Als Begründung wurde angeführt, dass die Musikschule ihr Angebot ausweiten möchte und die Grundschule zudem aufgrund des ab dem Jahr 2026 bestehenden Ganztagsanspruchs wohl mehr Räumlichkeiten benötigt und bereits mehrfach Diskussionen über die Nutzung der Raumkapazitäten erfolgten.

Beratungsverlauf:

Der Antragsteller stellt den Sachverhalt vor. Hintergrund des Antrags seien Raumprobleme in Hinblick auf eine Ausweitung des Angebots der Musikschule. Dadurch bedingt seien weitere Konflikte bezüglich der Nutzung von Räumlichkeiten in der Von-Galen-Schule absehbar. Aus diesem Grund sei es notwendig, schnellstmöglich die Grundlagenermittlung durch ein externes Planungsbüro erstellen zu lassen, um ein abschließendes Raumkonzept zu erhalten.

Andere Ratsmitglieder kritisieren, dass die beiden Institutionen kompetent genug seien, um die Angelegenheit eigenständig zu regeln. Von den Leitungen gebe es bisher keine Rückmeldung diesbezüglich. Dem wird erwidert, dass zumindest eine ausgiebige Diskussion im Ausschuss für Schule, Digitalisierung, Kultur und Sport sinnvoll sei.

Es wird vorgeschlagen, dass der Antrag zunächst zurückgestellt wird und Gespräche zwischen der Verwaltung und den beiden Institutionen abgewartet werden.

Sodann lässt der Ratsvorsitzende über den Antrag durch Geschäftsordnungsbeschluss abstimmen.

Beschluss:

Die Angelegenheit wird zurückgestellt.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 28 , Nein-Stimmen: 6

7.3. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 56 NKomVG auf kontinuierliche Berichterstattung zum Sachstand "Nachnutzung des Krankenhauses St. Franziskus-Hospital"
Vorlage: 10/016/2022

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 26.09.2022 wurde seitens der SPD-Fraktion der Antrag gem. § 56 NKomVG auf kontinuierliche Berichterstattung zum Sachstand „Nachnutzung des Krankenhauses St. Franziskus-Hospital“ gestellt.

Als Begründung wurden vergangene Kommunikationsdefizite aufgeführt sowie das bisherige Ausbleiben inhaltlicher Rückmeldungen bzw. Beteiligungen des Stadtrates. Daher soll mit einer kontinuierlichen Berichterstattung ein vertraulicher Informationsaustausch erfolgen.

Beratungsverlauf:

Der Antragsteller stellt den Sachverhalt vor. Es solle eine regelmäßige Berichterstattung im Verwaltungsausschuss seitens der Entscheidungsträger bezweckt werden, da die Politik über keinen Zugang zu den Entscheidungsgremien verfügt und ein großes Kommunikationsdefizit herrsche.

Bürgermeisterin Dr. Voet schlägt vor, den Geschäftsführer der Schwester Euthymia Stiftung, Herrn Ulrich Pelster, regelmäßig zur Berichterstattung im Verwaltungsausschuss einzuladen, um die Aufstellung und Umsetzung eines Nachnutzungskonzeptes des Krankenhauses St. Franziskus-Hospital sicherzustellen und zu begleiten.

Sodann lässt der Ratsvorsitzende über den Antrag durch Geschäftsordnungsbeschluss abstimmen.

Beschluss:

Die Angelegenheit wird an den Verwaltungsausschuss verwiesen.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 34

8. Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

Ratsvorsitzender Bockstette schließt den öffentlichen Teil der Sitzung. Nachdem die Zuhörer den Sitzungsraum verlassen haben, eröffnet er den nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Dr. Henrike Voet
Bürgermeisterin

Norbert Bockstette
Vorsitzender

Jannis Niehaus
Protokollführer